RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR SOZIALES, ARBEIT, GESUNDHEIT UND DEMOGRAFIE

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Sozialpolitischen Ausschusses
Herrn Dr. Peter Enders, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
16 / 4691
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

3/12/2014

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK-01 421-2-86/14		Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de	06131 16-2415 06131 1617-2415

36.Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 27. November 2014
hier: TOP 6
Traumaambulanz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Vorlage 16/4592

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 36. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 27. November 2014 hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Dieser Zusage komme ich gerne nach.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Blinden und sehbehinderten Personen wird dieses Dokument auf Wunsch auch in für sie wahrnehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit: Schießgartenstraße 6 • Fax 06131/164375
Abteilung Sozialversicherungen: Diether-von-Isenburg-Straße 9-11 • Fax 06131/165336

sozial AKTIV für Rheinland-Pfalz

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR SOZIALES, ARBEIT, GESUNDHEIT UND DEMOGRAFIE

63

Mainz, den 24. November 2014
Bearbeiterin: J. Kuschnereit
☏ 06131 16-2092

Sprechvermerk

36.Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 27. November 2014
hier: TOP 6
Traumaambulanz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Vorlage 16/4592

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Opfer von Gewalttaten erleiden meist nicht nur körperliche und wirtschaftliche Schäden, sondern in vielen Fällen auch eine psychische Traumatisierung. Die Praxis hat gezeigt, dass trotz der Akutintervention bei Gewalttaten von Ersthelfern, Kriseninterventionsteams, Notfallseelsorgern und anderen betreuenden Personen dies nicht immer ausreicht, sondern sich oft eine sofortige fachspezifische Weiterbetreuung anschließen muss.

Rheinland-Pfalz hat deshalb als eines der ersten Bundesländer seit Sommer 2011 im Rahmen eines Pilotprojektes für psychisch traumatisierte Opfer von Gewalttaten durch die Einrichtung von speziellen Traumaambulanzen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) ein Angebot zur raschen und kompetenten Hilfe installiert. Die OEG-Traumaambulanzen sind auch ein wichtiger Bestandteil der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landesverband des WEISSEN RINGS Rheinland-Pfalz, dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung.

sozial AKTIV für Rheinland-Pfalz

In den - mittlerweile 4 Traumambulanzen in Rheinland-Pfalz - wird den Betroffenen eine fachkompetente Soforthilfe zur Behandlung ihres Traumas angeboten. Die präventiv ausgerichtete Soforthilfe soll sicherstellen, dass durch ein rasches fachkompetentes therapeutisches Eingreifen möglichst vermieden wird, dass die psychischen Folgen der Gewalttat sich dauerhaft als Gesundheitsstörungen verfestigen. Das Land Rheinland-Pfalz übernimmt dabei als Kostenträger für die Heilbehandlung nach dem OEG die psychotherapeutischen Leistungen der Traumaambulanz für Anspruchsberechtigte aus dem Zuständigkeitsbereich des Landes Rheinland-Pfalz.

Ziel der Behandlung ist somit

- die Dauer der Bearbeitung langwieriger Erstantragsverfahren erheblich zu verkürzen;
- die Einleitung psychotherapeutischer Maßnahmen in Fällen, denen ein aktueller Tathergang zugrunde liegt, innerhalb kürzester Zeit (ein bis zwei Wochen) nach Kenntnis der Behörde sicherzustellen;
- dem Gesichtspunkt „Reha vor Rente" besser und schneller Rechnung zu tragen.

Gestartet wurde das Pilotprojekt Traumaambulanz an der Dr. von Ehrenwall'schen Klinik in Bad Neuenahr-Ahrweiler und an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz im Jahr 2011. Bereits nach einem Jahr zeigte sich, wie wichtig und notwendig die Arbeit der Traumambulanzen ist, so dass eine Ausweitung an zwei weiteren Standorte erfolgte und zwar in Kaiserslautern an der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie; Kaiserslautern und am Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Trier, Psychologischer Fachdienst.

Bis jetzt (Stand 11. November 2014) haben sich 181 Opfer von Gewalttaten an die OEG-Traumaambulanzen gewandt, um Soforthilfe zur Behandlung ihres psychischen Traumas zu erhalten.

sozial AKTIV für Rheinland-Pfalz

Eine repräsentative Stichprobe hat folgende Ergebnisse hinsichtlich der Inanspruchnahme der OEG-Traumaambulanzen gezeigt: Bei der Hälfte der behandelten Personen waren nach Abschluss der Behandlung die Symptome vollständig rückläufig außer gelegentlichen leichten Angstgefühlen, bei weiteren 30 Prozent waren die Symptome fast vollständig rückläufig außer gelegentlichen Flashbacks oder posttraumatischer Amnesie und lediglich bei 20 Prozent kam es zu einem nur mäßigen Rückgang der Symptome.

Es lässt sich somit feststellen, dass das Angebot der OEG-Traumaambulanzen für betroffene Gewaltopfer passgenau ist und schnelle und wirksame Hilfen geleistet werden konnte.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ist ein zentraler Partner bei der Umsetzung des Projektes OEG Traumaambulanzen.

Das LSJV sichert die Finanzierung aus den Mitteln des Landeshaushaltes, ist Ansprechpartner für die beteiligten Traumaambulanzen und gewährleistet die schnelle Bearbeitung der Anträge der Opfer über das Referat „Soziales Entschädigungsrecht".

Erwähnen möchte ich auch noch, dass die Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz das ganze Projekt wissenschaftlich evaluiert. Diese Evaluierung wird durch das Ministerium finanziert. Die Evaluierung soll den Behandlungserfolg in den Traumambulanzen untersuchen und auch dazu beitragen, dass einheitliche Standards für die Arbeit der Traumambulanzen etabliert werden. Außerdem geht es darum, Prädiktoren des Behandlungserfolgs sowie potenzielle lokale Risikogruppen im Land zu identifizieren.

Ebenso beteiligen wir uns am Modellprojekt TRAVESI, einer Studie des Universitätsklinikums Ulm, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wird. Ziel dieses Projektes ist eine Evaluation der vorhandenen Traumaambulanzen in verschiedenen Bundesländern.

Ohne der Evaluierung vorgreifen zu wollen, zeigen uns die Inanspruchnahme und die vorläufige Auswertung der Behandlungsergebnisse bereits heute, dass die Einrichtung der Traumambulanzen wichtig und richtig war!

Die Traumambulanzen helfen, die Entstehung posttraumatischer Belastungsstörungen und damit weiteres und andauerndes Leid für die Opfer zu verhindern. Schlussendlich helfen die Ambulanzen auch, dauerhafte Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung der Opfer von Gewalttaten zu verhindern. All das liegt natürlich in erster Linie im Interesse der betroffenen Menschen, spart aber auch Kosten für das Land und die Sozialleistungsträger.

sozial AKTIV für Rheinland-Pfalz